Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 42. | Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk | 68. Jahrgang Dienstag, den 19. Februar | Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk | 1918.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 40 Pfg., durch die Post bezogen 2 Mk. 52 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ehre-Straße 5 b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Landboten, sowie die Landgemeinden entgegen. — Inserate werden die 6spaltige Grundzeile mit 15, für auswärtige Besteller mit 20 Pfg. berechnet, — Reklamezeile 45 Pfg. — Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 45 Pfg., für Auswärtige 60 Pfg. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Diphterie-Serum mit der Kontrollnummer 248 aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden ist wegen Abschwächung zur **Einziehung bestimmt** worden.

Dresden, den 15. Februar 1918.

Ministerium des Innern.

Die Volksbücherei zu Callnberg

im **Bürgerschulgebäude** ist geöffnet: Montags von 2—3 Uhr, Mittwochs und Sonnabends von 12—1/2 1 Uhr.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der ordentliche Haushalt des Reiches für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7,332,699,3306 Mark gegen 4,491,876,060 Mark im Vorjahr. Die Steigerung ist in der Hauptsache auf das Anwachsen der für die Verzinsung der Reichsschuld erforderlichen Summen von 3,561,612,248 Mark auf Mk 5,907,578,249 zurückzuführen. Zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Haushalt werden 2,87 Milliarden neue Kriegssteuern gefordert.

* In der Bundesratssitzung am Sonnabend gelangte zur Annahme der Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstages und der Verhältniswahlen in großen Reichstagswahlkreisen, der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheit und der Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhinderung von Geburten.

* Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow hat seinen Aufenthalt in der Reichshauptstadt bis gestern abend verlängert. Eine Begegnung zwischen dem Reichskanzler und Radoslawow ist gestern erfolgt. An die Konferenz schloß sich ein Frühstück, das Graf Hertling Radoslawow zu Ehren gab. Am Sonntag mittag war der Ministerpräsident Gast der bulgarischen Gesandtschaft und am Abend erfolgte sodann die Heimreise über Wien.

* Aus Paris wird das Gerücht verbreitet, Bolo Pascha habe am Sonnabend durch Gift Selbstmord verübt.

* Aus London wird berichtet: Nach Blättermeldungen aus Montreal kamen bei einem Brand in einem Kloster der Grauen Schwestern 50 Kinder, die im 4. Stock schliefen, ums Leben.

* Die Amerikaner haben auf den Azoren Truppen gelandet, angeblich zur Errichtung eines Flottenstützpunktes.

* Amtlich wird aus London gemeldet: Sir William Robertson ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger als Chef des Generalstabes wurde Sir Henry Wilson ernannt.

* Ein Amsterdamer Blatt erfährt aus London vom 15.: Die überwiegende Mehrheit des Metallarbeiterverbandes hat den Vorschlag, einen Proteststreik gegen die Regierungsvorschläge zum Mannschaftsgesetz zu veranstalten, abgelehnt.

* „Havas" meldet aus Paris: Der Staatshaushaltsausschuß bewilligte einen Kredit von 140 Millionen, den die Regierung zur Charterung brasilianischer Schiffe gefordert hatte.

* Der frühere ungarische Ministerpräsident und Präsident der nationalen Arbeiterpartei Graf Ghuen Hedervary ist am Sonnabend morgen gestorben.

* Aus Petersburg wird gemeldet: Der Rat von Astrachan hat den Astrachan-Kosaken den Krieg erklärt.

Kein Waffenstillstand mehr mit Rußland.

In dieser Woche setzt das politische Leben im Innern wie auch im Äußern mit voller Kraft wieder ein, und durch die morgen erfolgende Eröffnung des Reichstages werden die Geschehnisse, die sich in diesen Tagen überstürzen, die wünschenswerte Klärung erfahren, denn es ist wohl anzunehmen, daß Graf Hertling bald die angekündigte Rede halten und auch der Vizekanzler, Herr v. Payer, sprechen wird. Namentlich drängen die Vorgänge der Außenpolitik zur entschiedenen Stellungnahme: Wir müssen, nachdem unsere Unterhändler aus Petersburg zurückgekehrt sind und unser Waffenstillstand mit Rußland am 17. Februar abgelaufen ist, uns schlüssig machen, den dortigen verbrecherischen Anarchisten die gebührende Antwort zu geben, zugleich bedarf unsere Haltung den undankbaren Polen gegenüber der Klärung, in der Ukraine ist der Kampf der Rada gegen die Bolschewisten noch in vollem Gange, wir müssen also auch dort wahrscheinlich eingreifen, damit der verzweifelte Austausch von Lebensmitteln, von Rohstoffen und Maschinen in die Wege geleitet werden kann. Außerdem werden in diesen Tagen jedenfalls die Antworten auf Friedenswünschen an die Mittelmächte herantreten. Also eine Fülle von Tagesfragen, zu denen wir folgende Telegramme ergänzend veröffentlichen.

Die Vierbund-Kommissionen haben Rußland verlassen!

Berlin, 16. Februar. (Amtlich.) Die deutsche Kommission, sowie die Kommissionen der verbündeten Staaten haben Petersburg gestern verlassen und heute morgen auf dem Rückwege die deutsche Linie passiert.

Der Waffenstillstand mit Rußland als gekündigt zu betrachten.

Berlin, 16. Februar. (Amtlich.) In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr Trotzki zwar für Rußland die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilmachung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrages abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Vollsitzung, in welcher ihm die Entschließungen des Vierbundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen und hat die Verhandlungen abgebrochen. Durch die einseitige russische Erklärung ist selbstverständlich der Kriegszustand nicht beseitigt und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden, vielmehr hat die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Herstellung des Friedens unmöglich gemacht. Gerade zur Herbeiführung eines Friedens aber war der Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. Mit dem Verzicht auf den Frieden hat daher das bolschewistische Rußland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstandes verzichtet. Dieser Verzicht ist der Kündigung gleich zu achten. Die kaiserliche Regierung stellt hiermit fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen siebentägigen Kündigungsfrist also am 17. Februar) freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Rußland rüstet!

Aus Petersburg wird berichtet: Die Sowjet-Regierung trifft nach Berichten der sozialistischen Presse Vorbereitungen, die auf die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten an der Front hindeuten. Einer Zeitungsstimme zufolge will sich Lenin mit Hindenburg verständigen und ihm den Vorschlag unterbreiten, die inneren Zwistigkeiten einzustellen, die äußere Front zu kräftigen und den Kampf gegen den gemeinsamen Feind wieder aufzunehmen. Zur Zusammenberufung hiermit hat der Oberbefehlshaber Krylenko alle früheren Generäle durch einen öffentlichen Aufruf aufgefordert, sich sofort wieder der Armee zur Verfügung zu stellen. In Petersburg wird bereits der Wiederbeginn des Kampfes allgemein erörtert. In allen Schichten der Bevölkerung macht sich eine dumpfe Wut gegen die Räteregierung bemerkbar, die es nicht verstanden habe, dem Lande den notwendigen Frieden zu bringen. Gleichzeitig wird die bolschewistische Propaganda die Auflösung des Heeres beschleunigen und die Kampfkraft der Truppen vernichtet haben. Die Anwerbungen für die revolutionäre Armee nehmen infolgedessen nicht den erwarteten Verlauf. Für die neue Rote Garde haben sich bisher nur sehr wenig Soldaten anwerben lassen, da die Kriegsmüdigkeit der Truppen schon zu sehr an Ausdehnung gewonnen hat, als daß es der Räteregierung noch gelingen könnte, ein kampffähiges Heer auf die Beine stellen zu können.

Grauenhafte Zustände in Rußland.

Berlin, 16. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht folgendes Privattelegramm aus Stockholm vom 15. d. Mts.: Aus Petersburg eingetroffene neutrale Reisende schildern die Zustände in Rußland als grauenhaft. Es herrsche allgemeine Unsicherheit, gutgekleidete Personen würden auf offener Straße gezwungen, die Kleider abzulegen. Steuern würden nicht mehr bezahlt. Bei der Landbestellung werde kein Bauer mehr Land bestellen, als er für seinen eigenen Unterhalt gebraucht, sodaß Hungersnot in den Städten unausbleiblich folgen werde. Die Geistlichen und Lehrer leben vom Betteln. In den Schulen werde kein Unterricht mehr erteilt; die Bolschewiki hielten dort Reden und forderten die Kinder zum Ungehorsam gegen die Eltern auf. Das Verbrechertum blühe mehr denn je.

Ein ukrainischer Hilferuf ans deutsche Volk.

Berlin, 16. Februar. Die ukrainische Delegation in Brest-Litowsk hat der deutschen Reichsregierung eine Erklärung an das deutsche Volk übermittelt, wonach trotz des am 9. Februar mit den Staaten des Vierbundes abgeschlossenen Friedensvertrages kein Frieden in der Ukraine eingekehrt sei. Die russischen Marimalisten, die gedungenen Banden der Roten Garde seien von Norden her über das Land hereingebrochen. Sie vereinigten sich mit den von der Front entlaufenen russischen Soldaten und mit bezahlten Strolchen. Aus den vernichteten und brennenden Städten zögen sie weiter auf die Suche nach neuer Beute. In diesem harten Kampfe um ihre Existenz sehen sich die Ukrainer nach Hilfe um, überzeugt, daß das friedliebende deutsche Volk nicht gleichgültig bleiben werde, wenn es von der Not der Ukrainer erfährt. Das deutsche Heer besitzt die Macht, durch sein Eingreifen die nördliche Grenze der Ukraine vor dem weiteren Eindringen des Feindes zu schützen.

Auch die Esten bitten um Hilfe.

Berlin, 16. Februar. Die bevollmächtigten Vertreter der estnischen Gutsbesitzer der Kreise Dorpat, Fellin, Pernau und des Terrater Landbesitzervereins sind in Danzig eingetroffen, um die deutsche Regierung um Hilfe gegen die Maximalisten u. um sofortige Befreiung des Landes durch das deutsche Heer zu bitten. Die baltischen Deutschen und deutschfreundlichen Esten richten gestern Telegramme an die deutsche Heeresleitung ab, worin die gleiche Bitte ausgesprochen sollen.

Deutsche Hilfe für Finnland?

Lübeck, 16. Februar. Die Hansagruppe der deutschfinländischen Vereinigung hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in welchem dieser um den baldigen, tatkräftigen Schutz des Deutschen Reiches gegen die schrankenlose Willkür revolutionärer Blutherrschaft in den selbst von Rußland freigegebenen, aber zugleich vom selben Rußland freventlich an den Rand des Verderbens gebrachten Finnlands gebeten wird.

Rumäniens Wünsche.

Wien, 16. Febr. Wie eine Meldung besagt, erstrebt die rumänische Regierung folgendes: Der Vierbund soll die Souveränität Au-